

Die Schweiz ist für die EU elementar und soll deshalb nicht ständig durch den Bundesrat der EU unterjocht werden

Das wichtigste in Kürze:

- √ Die Schweiz soll die Personenfreizügigkeit kündigen.
- √ Die Zuwanderung aus EU-Staaten soll mittels Kontingenten gesteuert werden. Dabei sollen maximal so viele EU-Bürger in der Schweiz arbeiten dürfen, wie die Wirtschaft auch benötigt.
- √ EU Bürger sollen nur in der Schweiz wohnen dürfen, wenn Sie hier Arbeit haben und/oder kein Geld vom Staat beziehen.
- √ Die Schweiz soll keine Sozialhilfe und Arbeitslosengelder an EU Bürger bezahlen.
- √ Diverse bilaterale Verträge sollen nachverhandelt werden, nötigenfalls gekündigt werden. Ein Beispiel stellt hierbei das Abkommen zum öffentlichen Beschaffungswesen dar, welches Unternehmen aus der EU gegenüber den Schweizer Unternehmen besser stellt.
- √ Die Schweiz hat kein EU-Recht zu übernehmen
- √ Die Schweiz soll gegenüber der EU als starker Verhandlungspartner auftreten. Wir sind der EU keinesfalls unterlegen, weder sind wir von der EU stärker abhängig als sie von uns.
- √ Ein Rahmenvertrag mit der EU ist auf keinen Fall zu unterzeichnen. Dieser würde das Ende der direkten Demokratie bedeuten und die EU könnte wie ein Diktator über die Schweiz regieren.

Ausführliche Begründung:

Die Beziehung Schweiz-EU hat sich in den letzten Jahren für die Schweiz nicht gerade verbessert. Die EU übt stetig Druck auf die Schweiz aus, damit wir die EU Gesetze bedingungslos übernehmen und die EU Vorteile in der Schweiz geniessen kann. Weil der Bundesrat der EU keinen grossen Widerstand leistet und mehr akzeptiert als verhandelt, unterjocht er die Schweiz der EU.

Der Bilaterale Weg mit der EU ist grundsätzlich nichts Schlechtes. Wir als Schweiz sind nämlich auch an guten Handelsbedingungen mit den EU-Staaten interessiert. Am heutigen Tage haben wir jedoch einige Verträge, welche viel zu weit gehen. Die Personenfreizügigkeit und das Abkommen zum öffentlichen Beschaffungswesen sind nur zwei Beispiele.

Durch die Personenfreizügigkeit können wir zwar vereinfacht Ferien in der EU machen oder im EU-Raum arbeiten, die EU-Bürger können dasselbe auch in der Schweiz. Genau dies hier liegt das Problem. Die Schweiz ist für Arbeitnehmer aus der EU ein attraktives Land, da wir im Vergleich zu EU-Staaten ein sehr hohes Lohnniveau haben. In Grenzgebieten sorgt dies dafür, dass viele EU-Bürger in der Schweiz arbeiten, jedoch nicht in der Schweiz wohnen. Das sorgt für diverse Probleme bei den Schweizern, insbesondere bei älteren. Die Arbeitgeber möchten, verständlicherweise, Geld sparen, wodurch sie den EU-Bürger einstellen, da für diesen ein tieferer Lohn als für Schweizer noch immer viel höher wäre als in der EU. Eine Folge davon kann sein, dass auch das Lohnniveau in der Schweiz sinken wird (damit die Schweizer wieder bessere Jobaussichten haben), was aufgrund von Schweizer Preisen fatale Folgen hätte. Weiter bezahlt der EU-Bürger seine Steuern nicht in der Schweiz sondern im Ausland, wodurch der Schweiz grosse Mengen Steuergelder verloren gehen. Zusätzlich führt die Personenfreizügigkeit jährlich zu einer grossen Einwanderung in die Schweiz, wodurch grosse Flächen überbaut werden müssen und die Infrastruktur wie Strassen und ÖV an seine Grenzen stossen. Da auch diese den „teuren“ Schweizern unter Umständen einen Job wegnehmen, steigt in der Schweizer die Arbeitslosigkeit.



Severin Staubli

2x auf Ihre Liste

www.severin-staubli.ch



Auch soll die Schweiz keinerlei Sozialhilfegelder oder Arbeitslosengelder an EU-Bürger bezahlen, denn die Schweiz ist für diese durchaus sehr interessant, da unsere Gelder deutlich höher ausfallen. Dies wäre jedoch unfair gegenüber der Schweizer Bevölkerung, welche tagtäglich hart für ihr Geld arbeiten muss, einen Teil davon jedoch an EU-Bürger geht, welche noch nie oder nur sehr wenig Steuern in der Schweiz bezahlt haben. Deshalb sollen deren Heimatländer für die Kosten aufkommen.

Aus diesem Grund soll die Schweiz die Personenfreizügigkeit kündigen (wie es die Begrenzungsinitiative fordert) oder neu aushandeln, dass die Personenfreizügigkeit nur noch das Reisen, nicht aber das Arbeiten und Wohnen umfasst. Das wird jedoch kaum funktionieren, da der Bundesrat kein Rückgrat hat und keine klare Linie fährt. Die Schweiz soll folglich Kontingente einführen, mit welchen die Zuwanderung und Arbeitsplatzmenge für EU-Bürger in der Schweiz begrenzt werden soll, wie dies heute mit Drittstaaten bereits üblich ist. Die Wirtschaft erhält so die Menge an Arbeitnehmern die sie braucht, sprich mit dem inländischen Angebot nicht decken kann, jedoch nicht mehr, was die Arbeitslosigkeit der Schweizer, insbesondere in der Ü50 Generation, entschärft.

Das Abkommen zum öffentlichen Beschaffungswesen stellt ebenfalls ein Problem dar. Gemeinden, Kantone und der Bund müssen aufgrund von diesem Abkommen unter anderem sämtliche Bauvorhaben international, sprich in der EU, ausschreiben und dem günstigsten Anbieter den Zuschlag geben. Weil ausländische Firmen aufgrund des tieferen Lohnniveaus meistens günstiger sind, kommen diese zum Zuge und unsere Steuergelder wandern ins Ausland, während die Schweizer Firmen zusätzlich eine schlechtere Auftragslage haben und auch das Nachsehen. Auch ökologisch gesehen ist dies ein Irrsinn, da die Arbeiter usw. aus dem entsprechenden Land in die Schweiz reisen müssen und häufig von ihrem Wohnort in der EU zum Arbeitsplatz in der Schweiz pendeln. Aber da die EU das so will, stellt dies für die Linken ja plötzlich auch kein Problem dar.

Auch die ständige Übernahme von EU-Recht, auf Druck der EU, hat endlich ein Ende zu nehmen. Wir sind ein selbstbestimmtes Land, wir müssen uns von niemandem etwas aufdrücken lassen. Oft gibt der Bund oder das Parlament bei der EU nach, weil wir auf die EU angewiesen seien. Es wird hierbei jedoch vergessen, dass wir für die EU mindestens genauso wichtig sind wie sie für uns. Immerhin importieren wir Waren im Wert von 175 Milliarden Franken aus der EU in die Schweiz, das sind 32 Milliarden mehr als wir in die EU exportieren. Die EU exportiert also grosse Mengen die Schweiz und daran hängen natürlich auch unzählige Arbeitsstellen. Ebenfalls verdienen hunderttausende EU-Bürger ihren Lebensunterhalt direkt in der Schweiz. Auch transportiert die europäische Union grosse Mengen an Waren durch die Schweiz. Ich glaube kaum, dass die EU daran interessiert wäre, wenn sie diese Transporte, z.B. von Deutschland nach Italien nicht mehr durch die Schweiz führen könnte sondern über Frankreich oder Österreich ausweichen müsste. Den entsprechenden Unternehmen würden erhöhte Kosten und Zeitverluste drohen. Oder auch das Streichen von diversen Geldern (wie z.B. Kohäsionsmilliarde) würde die sowieso schon angeschlagene EU hart treffen.

Die Schweiz soll deshalb gegenüber der EU als starker Vertragspartner auftreten und ihr nötigenfalls auch drohen, um die Interesse der Schweizer durchsetzen zu können. Was die EU kann, können wir auch.

Eine grosse Problematik stellt hierbei auch der EU-Rahmenvertrag dar. Damit würde die Schweiz gezwungen sämtliche Gesetze der EU bedingungslos zu übernehmen. Dass das Volk aber die Möglichkeit hätte das Referendum gegen ein solches Gesetz zu ergreifen und abzustimmen, ist falsch. Denn sollte das Volk nein sagen, wird die EU Sanktionen gegen die Schweiz ergreifen. Und da ist es wohl klar, dass die meisten im Sinne der EU abstimmen werden. Der Rahmenvertrag wäre also ein Unterwerfungsvertrag und die EU könnte wie ein Diktator über die Schweiz regieren bzw. die Schweiz wäre faktisch ein EU-Mitglied ohne Stimmrecht. Dass sowas im Sinne der Schweizer Bürger sein kann ist sehr stark zu bezweifeln. Hierzu gibt es ein anschauliches Beispiel aus dem Privatleben. Stellen Sie sich vor, Sie leben in einer Ehe. Ihr Partner will, dass Sie ihm in der Küche einen Kaffee machen und sagt, falls Sie das nicht tun, werde er sich von Ihnen scheiden lassen. Wollen Sie in einer solchen Beziehung leben? Wohl eher nicht. Und in einer solchen Beziehung wollen wir auch zu der EU nicht stehen.



Severin Staubli

2x auf Ihre Liste

www.severin-staubli.ch

